

Antrag der Fraktion der CDU

„Welcome-Center“ für ausländische Fach- und Führungskräfte in Bremen einrichten

Bremen braucht als weltoffener und international vernetzter Wirtschaftsstandort qualifizierte Zuwanderinnen und Zuwanderer. Fachkräfte mit Migrationshintergrund können für bremische Unternehmen durch ihre zusätzlichen sprachlichen und kulturellen Kompetenzen wertvoll und gerade im Dienstleistungssektor ein Schlüssel zur Erschließung neuer Märkte sein. Derzeit sind Menschen mit Migrationshintergrund auf qualifizierten Arbeitsplätzen noch unterrepräsentiert. Die Ursachen dafür sind vielfältig und reichen von unzureichenden Sprachkenntnissen über Schwierigkeiten bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse bis hin zu Hürden auf Arbeitgeberseite. Häufig gibt es zudem Beratungs- und Informationsdefizite über Förderangebote sowie Fragen des Arbeits- und Aufenthaltsrechts. Schließlich ist die Willkommenskultur in Gesellschaft und Behörden, insbesondere auf dem Stadtamt, noch ausbaufähig.

Ausländische Studierende, Fachkräfte und Hochqualifizierte sowie deren Familien benötigen eine adäquate Unterstützung bei ihren Integrationsbemühungen in Bremen. Sie wollen nicht als Bittsteller behandelt werden – wie dies in der Ausländerbehörde bedauerlicherweise häufig geschieht – sondern sie wollen akzeptiert und auf Augenhöhe beraten werden. Für Studierende und Mitarbeiter der Universität Bremen gibt es auf dem Campus der Universität bereits den „BSU – Bremen Service Universität“ als Außenstelle des Stadtamtes zur Erledigung von Melde- und Ausländerangelegenheiten. Eine universelle Beratung muss sich jedoch neben den Studierenden und Mitarbeitern der Universität auch an alle übrigen Fachkräfte, Hochqualifizierten, Selbstständigen und Wissenschaftler richten, die ihren Lebensmittelpunkt vom Ausland nach Bremen verlagern. Die Beratung muss über reine Melde- und Ausländerformalitäten hinausgehen und neben einem Behördenwegweiser alle relevanten Fragen aus den Lebenswelten der Zuwanderinnen und Zuwanderer (z. B. zum Wohnen und Arbeiten, zur Kinderbetreuung, zum Schulsystem und zu Förderangeboten) beinhalten.

Für eine solche umfassende Beratung ausländischer Fach- und Führungskräfte soll in Bremen ein „Welcome-Center“ nach dem Vorbild Hamburgs eingerichtet werden. Als Träger dafür bietet sich das Stadtamt an. Angesiedelt werden soll das „Welcome-Center“ an zentraler Stelle beim Unternehmensservice Bremen. Dieser bietet als gemeinsame Anlaufstelle von Kammern, RKW, WFB und dem Einheitlichen Ansprechpartner des Landes Bremen mehrsprachige Hilfestellungen für Gründungswillige und bestehende Unternehmen zu Fragen der Existenzgründung, Unternehmensführung, zu Förderprogrammen, Immobiliensuche und Ausbildungsangeboten an. Aufgrund einer Reihe von thematischen Überschneidungen ist eine Verzahnung des „Welcome-Centers“ mit dem Unternehmensservice Bremen sinnvoll.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, zum 1. Januar 2013 ein „Welcome-Center“ als zentrale Anlaufstelle beim Unternehmensservice Bremen einzurichten, in dem qualifizierte Fach- und Führungskräfte aus dem Ausland die Dienste des Stadtamtes in Melde- und Ausländerangelegenheiten in Anspruch nehmen und sich kostenlos über alle für sie wichtigen Fragen zum Wohnen und Arbeiten, zu Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten, zur Kinderbetreuung und zum

Schulsystem, zu Sprachkursen und Fördermöglichkeiten sowie zum kulturellen Leben in Bremen informieren können.

2. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, sein Vorgehen im Vorfeld mit allen im Unternehmensservice Bremen beteiligten Projektpartnern (Handelskammer, Handwerkskammer, RKW und WFB) abzustimmen, damit eine optimale Vernetzung mit den bereits bestehenden Beratungs- und Dienstleistungsangeboten im Unternehmensservice Bremen sichergestellt ist.
3. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf sicherzustellen, dass das Dienstleistungsangebot des „Welcome-Centers“ bei Messeauftritten im Ausland sowie auf geeigneten Kommunikationskanälen im Ausland und in Bremen auf adäquate Weise beworben und bekanntgemacht wird.

Susanne Grobien, Jörg Kastendiek, Heiko Strohmann,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU